



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

Juli 2003

Über 41 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli + Wyss AG, Bern

Grauer Brief 91

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Präsident:
Nationalrat Dr. Christoph Blocher

Vizepräsidenten:
Dr. Pirmin Schwander, Unternehmer
Jean-Dominique Cipolla, Notar

Adresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

Zum 712. Geburtstag unseres Landes

Bundesfeiertag 2003

Liebe AUNS-Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie schön wäre es, wenn die offizielle Schweiz den 712. Geburtstag der Schweiz stolz und dankbar feiern würde! Sie wird ihn auch feiern und sie wird Ansprachen halten – denn es macht sich ja so gut, wenigstens am 1. August so zu tun, als würde man voll und ganz zur Schweiz stehen.

Aber all diese Reden werden wohl grosszügig übergehen, dass vieles in unserem Land in den letzten Jahren zum Schlechten geriet, weil der Bundesrat, die Parlamentsmehrheit und die Bundesverwaltung den tieferen Sinn des Geburtstags unseres Landes absichtlich oder aus Schwäche nicht wahrhaben wollen. Sie alle werden grosszügig übergehen, dass sie dauernd den Bundes-

brief, mit seiner Aufforderung zur Unabhängigkeit, zum Kampf gegen fremde Richter und zum Widerstand gegen fremde Herrschaften, missachten!

So werden die schweizerischen Tugenden, Besonderheiten und die Schweizer Qualitäten schleichend einer albernen internationalen Nivellierung geopfert: in der Demokratie, im Schulwesen, in der Ausbildung, in der Steuer- und Ausgabenpolitik, im Bereich der Unabhängigkeit und der Neutralität. Unterwürfig und mit Bücklingen wird mit dem Ausland verhandelt und Stück für Stück die schweizerische Stärke preisgegeben. Haben Bundesrat, Parlamentsmehrheit und Bundesverwaltung denn vergessen, auf

welcher Grundlage die schweizerische Erfolgsgeschichte beruht?

Die Grundlage der Erfolgsgeschichte Schweiz

Die Staatssäulen und Besonderheiten der Schweiz – unsere einzigartigen Volks- und Freiheitsrechte, die Unabhängigkeit, die Weltoffenheit, der Föderalismus und die immerwährende, bewaffnete Neutralität – sind das Fundament dieser Erfolgsgeschichte. Unsere Verfahren, die Verantwortlichen und das Volk, haben immer wieder dafür gesorgt, dass unser Land weltoffen blieb, sich aber nicht in internationale Machtstrukturen und Grossgebilde einbinden liess. (Forts. S. 2)

Wir brauchen Ihre Unterstützung!

Die Unterschriftensammlung für das Referendum gegen Schengen kann bereits im Januar 2004 losgehen! Nur mit Ihrer Hilfe stellen wir die Finanzierung für das Referendum «Schengen» sicher. Deshalb danken wir Ihnen herzlich für zusätzliche Spenden. Zudem bitten wir Sie, noch ausstehende Jahresbeiträge für das Jahr 2003 rasch zu überweisen.

Besten Dank!

Gefahr von innen

Leider sind diese Staatssäulen und Besonderheiten immer mehr gefährdet – und zwar von innen, nicht von aussen. Der Drang von Bundesräten, Politikern und Funktionären, sich im Scheinwerferlicht internationaler Konferenzen zu präsentieren, ihr Streben nach scheinbarer «Grösse» und ihr Wahn, mit der Einbindung unseres Landes in internationale Machtstrukturen liessen sich unsere Probleme «kollektiv» besser lösen, scheint übermächtig.

► Fortdauernde Missachtung des Volkswillens

Obwohl das Schweizer Volk einen Beitritt zur Europäischen Union mehrfach abgelehnt hat, tut man in «Bundesbern» alles, um unser Land in der Legislatur 2003/2007 in die EU zu treiben. Weil der direkte Weg weder beim Volk noch bei der Wirtschaft eine Chance hat, versucht der Bundesrat, den Beitritt über die «Hintertür» von Schengen (Bilaterale II) zu erzwingen.

► EU-Beitritt durch die Hintertür «Schengen»

Mit dem Schengener Kolonialvertrag müssten wir uns, wie seinerzeit die Kolonien, fremdem Recht und fremden Richtern unterstellen. Die Grenzkontrollen – und damit schlussendlich auch die Grenzen – würden abgeschafft. Illegale, Kriminelle, Verbrecher, Schlepperbanden und dergleichen hätten freie Bahn. Die Grenzenlosigkeit à la Schengen gefährdet unsere Sicherheit und bedeutet letztlich Heimatlosigkeit.

► Uno-Beitritt zerstört Neutralität

Ein Jahr nach dem Beitritt zur politischen UNO ist es offensichtlich, dass die UNO-Mitgliedschaft mit der schweizerischen Neutralität nicht vereinbar ist. Diese Tatsache steht im

Widerspruch zu den bundesrätlichen Versprechungen, wonach unsere Neutralität durch einen UNO-Beitritt «gestärkt» werde. Vor allem der Irak-Krieg hat deutlich gemacht, dass die politische UNO nicht eine Plattform des Friedens, sondern Gegenstand heftigster machtpolitischer Gegensätze ist, zwischen welche die Schweiz unweigerlich gerät. Ebenso hat die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität durch den lächerlichen, widersprüchlichen und chaotischen aussenpolitischen Aktivismus einzelner Bundesräte und des Gesamtbundesrates stark gelitten.

Der Auftrag der Politiker

Im Interesse unseres Landes und der Bürgerinnen und Bürger muss den aussenpolitischen Irrwegen ein Riegel geschoben werden. Am Nationalfeiertag 2003 und darüber hinaus ist deshalb allen Verantwortungsträgern Folgendes ins Stammbuch zu schreiben:

● Eidesformel

Bundesräten und Parlamentariern ist die Eidesformel, die sie geschworen haben, eindringlich in Erinnerung zu rufen:

«Ich schwöre vor Gott, dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze des Bundes treu und wahr zu halten; die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu wahren; die Unabhängigkeit des Vaterlandes, die Freiheit und die Rechte des Volkes und seiner Bürger zu schützen und zu schirmen und überhaupt alle mir übertragenen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.»

● Bundesverfassung

Auch die schweizerische Bundesverfassung hält unmissverständlich fest: «Der Bundesrat (und die Bundesversammlung) trifft Massnahmen zur Wahrung



«Unsere Vorfahren haben immer wieder dafür gesorgt, dass unser Land weltoffen blieb, sich aber nicht in internationale Machtstrukturen und Grossgebilde einbinden liess!»
(Kavalleriestandarte, Aktivdienst 1939–1945)

der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz.»

An der Erfüllung dieser Aufträge sind Politikerinnen und Politiker konsequent zu messen – auch im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen vom kommenden 19. Oktober!

Unser Auftrag

In Anbetracht der «Arglist» unserer Zeit – nach 712 Jahren Eidgenossenschaft – soll der nach wie vor hochaktuelle Bundesbrief von 1291 Richtschnur unseres Handelns sein. Wir dulden keine fremden Herrscher und keine fremden Richter. Unser Land soll unabhängig und neutral bleiben, und die Freiheit und die Selbstverantwortung des Bürgers soll hochgehalten werden. Für diesen Auftrag haben wir den Kampf zu führen.

Wir wünschen Ihnen allen einen schönen und besinnlichen Nationalfeiertag.

Ihre Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Der Präsident:

Christoph Blocher, Nationalrat

Der Geschäftsführer:

Hans Fehr, Nationalrat

Unterstützen Sie dieses Inserat!

Schweizerinnen und Schweizer müssen über die schwerwiegenden Folgen des Schengener Kolonialvertrages informiert werden. Mit Ihrer finanziellen Unterstützung können wir das Inserat zusätzlich publizieren. Wir bitten Sie deshalb eindringlich um einen kleineren oder grösseren Betrag (Vermerk: Schengen). Vielen Dank!

NEIN zum Schengener Kolonialvertrag!

Der Bundesrat will die Schweiz rasch in die EU treiben. Weil das Volk dagegen ist, spielt er ein unehrliches Doppelspiel: Der EU-Beitritt soll durch die Hintertür – über den Schengener Vertrag (Bilaterale II) – vorangetrieben werden. Ein Schengen-Beitritt hätte gravierende Folgen für unser Land:

- **Fremde Richter, fremde Gesetze, fremde Polizisten.**
- **Zwingende Übernahme von bestehenden und künftigen EU-Vorschriften.**
- **Abbau der Personenkontrollen an der Schweizer Grenze.**
- **Freie Bahn für Kriminelle, Verbrecher und Schlepperbanden.**
- **Freie Bahn für Illegale, Asylmissbraucher und Sozialschmarotzer.**
- **Weniger Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger.**
- **Preisgabe unseres Bankkundengeheimnisses, Verlust von Arbeitsplätzen.**
- **Schwächung der Kantone, mehr Bürokratie, höhere Kosten.**
- **Verlust unseres freiheitlichen Waffenrechts und der Schützentradition.**
- **Die Schweiz würde zur EU-Kolonie degradiert, in welcher Brüssel diktiert.**

Die AUNS bekämpft den Schengener Kolonialvertrag mit dem Referendum...

...damit wenigstens ein Land in Europa die Freiheit hochhalten und seine Landesgrenzen schützen kann.



Werden auch Sie Mitglied der AUNS!

- Ich unterstütze die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz als
 Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant
Jahresbeiträge: Mitglied Fr. 35.– (Ehepaar Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.
- Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Unterschrift: _____

Datum: _____

Bitte in Blockschrift ausfüllen und einsenden an:
AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
oder Fax 031 356 27 28



PC 30-10011-5
Telefon: 031 356 27 27
Internet: www.auns.ch
e-mail: auns@auns.ch

über 41'000 Mitglieder

Bilaterale Verträge II (Schengen)

Nein zum EU-Beitritt durch die Hintertür

Schengen ist und bleibt ein unwürdiger Kolonialvertrag

Nach dem 13. Treffen der Verhandlungsdelegationen der Schweiz und der EU verkündete der Tagesanzeiger (01.07.03) euphorisch, das Schengen-Dossier sei «fast bereinigt», und die Neue Zürcher Zeitung titelt optimistisch: «Die Rechtshilfe verbleibt als letzte Knacknuss».

Die Schweiz müsste ja bekanntlich (siehe Grauer Brief Nr. 91) nicht nur das bestehende, sondern auch zukünftiges (noch unbekanntes) Schengen-Recht übernehmen. Das nun vorliegende Ergebnis kann wie folgt skizziert werden:

- Bei der Schaffung von neuem, d.h. zusätzlichen Schengen-Bestimmungen dürfte die Schweiz ein wenig mitreden. Mitbestimmen könnte unser Land aber nicht!
- Schonfrist: Mit Rücksicht auf die direkte Demokratie wäre die EU bereit, eine Umsetzungszeit von maximal zwei Jahren zu akzeptieren.
- Würde die Schweiz eine Bestimmung nicht umsetzen, würde der ganze Schengen-Vertrag hinfällig.
- Eine Schutzklausel im zentralen Bereich direkte Demokratie, Neutralität, Föderalismus akzeptiert die EU nicht.

- Die EU gewährt eine «Konsultationspflicht», d.h. während neunzig Tagen müsste aktiv nach Möglichkeiten gesucht werden, um die Weiterführung des Abkommen zu «retten».

Fazit:

Wir finden im Verhandlungsergebnis über die «Mitwirkung» beim Schengen-Recht keinen einzigen positiven Punkt. Ob EU-Gesetze sofort oder nach zwei Jahren zwingend übernommen werden müssen, ist überhaupt kein demokratischer Gewinn! Darum gibt es nur eine Antwort: Nein zu diesem Kolonialvertrag!

Bankkundengeheimnis bleibt in Gefahr

Die Schweizer Verhandlungsposition versucht eine Unklarheit im Artikel 51a des Schengen-Übereinkommens auszunutzen, damit die Rechts- und Amtshilfe nur bei **Betrugsfällen** gewährt werden müsste, die sowohl in der Schweiz als auch im rechtshilfesuchenden Land mit einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten geahndet werden (Grundsatz der doppelten Strafbarkeit). Im Weiteren vertritt sie vorläufig

die Meinung, dass bei Verdacht auf **Steuerhinterziehung** keine Ermittlungen durch ausländische Behörden vorgenommen werden dürften. Damit behauptet man, bliebe das Bankkundengeheimnis gewahrt.

Im erwähnten Artikel 51a geht es um das Wörtchen «oder», welches bei der Aufzählung der «Delikte» vorkommt: Nach schweizerischer Lesart wäre demnach die Steuerhinterziehung kein zwingender Grund für eine Rechtshilfe. Die EU interpretiert das «oder» hingegen im Sinne einer zwingenden Ergänzung bei der Auflistung der strafbaren Handlungen.

Das Thema «Rechts- und Amtshilfe» wird nun ab sofort nicht mehr auf Beamten-Stufe weiterverhandelt, sondern auf politischer Ebene.

[NZZ Online, 01.07.03]

Fazit:

Trotz der im Juni erfolgten Einigung bei der Zinsbesteuerung (siehe Grauer Brief Nr. 90) bleibt der Schweizer Finanz- und somit Wirtschaftsstandort unter Druck. Schengen würde das Bankkundengeheimnis derart aufweichen, dass ein bedeutender Wettbewerbsvorteil der Schweiz sowie Tausende von Arbeitsplätzen verloren gingen. **Unsere Antwort: Nein zu diesem Kolonialvertrag!**

EU-Fehlkonstruktion

«Stabilitätspakt der EU ist eine Heuchelei»

Am 1. Juli 2003 hat Italien den EU-Vorsitz übernommen. Zum Auftakt hat Europaminister Rocco Buttiglione an einer Reihe von Tabus gerüttelt. Unter anderem stellte er den Stabilitätspakt für die Einheitswährung Euro in Frage:

Tagesanzeiger vom 30.06.03: Die Europäer haben sich auf einen Stabilitätspakt geeinigt, der den Mitgliedern der Währungsunion eine Grenze der Neuverschuldung von maximal 3 % setzt. Gilt der nicht mehr?

Buttiglione: «... Stellen wir uns vor, dass ein grosses, tüchtiges und tugendhaftes Land wie Deutschland die Verschuldungsgrenze von 3 Prozent überschreitet – für zwei, drei Jahre in Folge. Glauben Sie wirklich, dass Deutschland dafür bestraft würde, wie es im Pakt steht, und dass der Finanzminister auf dem Scheiterhaufen landet? Ich habe diese Heuchelei satt. ...»

Buttiglione sagt die Wahrheit. Denn alle Zeichen deuten darauf, dass der Stabilitätspakt aufgeweicht wird. Ursprünglich sollte der Pakt die Volkswirtschaften der EU-Staaten disziplinieren. Eine Aufweichung würde aber die Schulden- und Misswirtschaft weiter fördern. Und wir hätten als EU-Mitglied an diese Misswirtschaft Milliarden zu zahlen!

EU-Verfassung: unvereinbar mit Schweizer Staatssäulen

Am 13. Juni 2003 wurde mit viel Champagner der erste Entwurf der EU-Verfassung gefeiert. Die Verfassung soll die Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten abgrenzen. Zudem sollen institutionelle Reformen die EU für die Erweiterung auf 25 Staaten fit machen.

Hauptamtlicher Präsident	Die heutige halbjährlich rotierende EU-Präsidentschaft soll abgeschafft werden. Ein vollamtlicher EU-Präsident wird für zweieinhalb Jahre von den Staats- und Regierungschefs gewählt. <i>Wie kann ein solcher Super-Präsident unser Volk und Land vertreten? Unsere Verfassungsväter haben bewusst 1848 auf die Schaffung eines Präsidenten (wie in den USA) verzichtet und aus historischen, staatspolitischen und kulturellen Gründen (4 Sprachen, 3 Kulturen) ein Kollegialgremium geschaffen.</i>
Doppelrolle des EU-Aussenministers	Mit dem neuen Amt ist die Funktion des EU-Vizepräsidenten verknüpft. Der Aussenminister soll von den Staats- und Regierungschefs (mit Zustimmung des EU-Kommissionspräsidenten) gewählt werden. Er ist zuständig für die Umsetzung der gemeinsamen Aussenpolitik und Sicherheitspolitik. <i>Wie vertritt ein EU-Super-Aussenminister, beeinflusst von den grossen EU-Staaten, die Interessen des neutralen Kleinstaates Schweiz? Unmöglich, der EU-Beitritt ist mit der Neutralität nicht vereinbar!</i>
Begrenzte Anzahl von EU-Kommissionen	Die Anzahl Kommissare mit Stimmrecht soll auf 15 begrenzt bleiben. Ein Rotationsprinzip innerhalb dieser «15» soll grosse und kleine Staaten gleichberechtigt behandeln. <i>Wäre unvereinbar mit der Unabhängigkeit und Souveränität unseres Landes. Die Einflussnahme der Mitgliedstaaten wird drastisch eingeschränkt.</i>
Europa-Parlament	Die Anzahl Sitze wird von heute 626 auf 732 aufgestockt. Die Sitze werden im Verhältnis zur Bevölkerung verteilt. Die Zuständigkeit des EU-Parlamentes bleibt beschränkt.
Häufige Mehrheitsentscheidungen	Ein Grossteil der politischen Entscheide soll nach dem Mehrheitsprinzip (im Gegensatz zum Einstimmigkeitsprinzip) gefällt werden. <i>Die Schweiz mit ihren Interessen und Eigenheiten dürfte wohl mehrheitlich überfahren werden (vgl. Strassenverkehr über die Alpen, Ausländer- und Einbürgerungspolitik, Wirtschafts- und Handelspolitik, Sicherheitspolitik). Das Volk würde in grundsätzlichen Fragen ausgehebelt.</i>
Aussen- und Steuerpolitik	Das Vetorecht der einzelnen Staaten bleibt gewahrt. <i>Beide Polit-Bereiche bestimmen wir besser selber! Dies führt zu mehr Sicherheit und weniger Steuern!</i>
Solidaritätsklausel	Die EU-Mitglieder erklären sich gegenseitig automatischen Beistand. <i>Ist mit unserer Neutralität nicht vereinbar.</i>

Die Europäische Union soll – wie der Name sagt – eine **politisch einheitlich geformte Union** werden. In vielen Köpfen spukt der Traum von der **EU-Supermacht**. Schwarz auf Weiss zeigt sich nun, dass ein EU-Beitritt mit der Unabhängigkeit, der Neutralität, der direkten Demokratie, dem Föderalismus und der Freiheitsliebe der Schweiz **völlig unvereinbar** ist.

Leserbrief-Kurse

«Kein EU-Beitritt durch die Hintertür!»

Für alle Mitglieder, Gönner und Sympathisanten der AUNS führt die Geschäftsstelle anfangs September wiederum Leserbrief-Kurse durch. Die Kurse vermitteln den Teilnehmern, wie wirksame Leserbriefe, insbesondere über die schwerwiegenden Folgen eines Schengen-Beitritts, abgefasst werden.

Bitte beachten Sie das Anmelde-Formular in der Beilage dieses Versandes und melden Sie sich rasch an.

Nationalratswahlen vom 19. Oktober 2003

Wir wollen ein anderes Parlament!

Melden Sie sich – wenn Sie für den Nationalrat kandidieren und AUNS-Mitglied sind!



Wir werden Persönlichkeiten zur Wahl empfehlen, die ihren Eid auf unser Land ernst nehmen und sich ohne Wenn und Aber für die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Rechte des Volkes einsetzen.

Wieder-Kandidierende

Anhand von 14 AUNS-relevanten Abstimmungen (Aussen-, Sicherheits-, Asyl- und Ausländerpolitik, Neutralität, Unabhängigkeit, Demokratie) hat die AUNS-Geschäftsstelle alle wieder kandidierenden Nationalräte unter die Lupe genommen. Wer im Sinne der AUNS gestimmt hat, erhält jeweils einen Punkt. So entsteht ein zuverlässiges – so genanntes – Rating. Das Resultat dieser Untersuchung finden Sie im nächsten Grauen Brief Nr. 92.

Neue Kandidaten

Neue Kandidatinnen und Kandidaten, die AUNS-Mitglied sind, empfehlen wir zur Wahl: Melden Sie sich bis zum 15. August 2003 bei der AUNS-Geschäftsstelle.

Tf 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, E-Mail: wahlen@auns.ch

UNO

CVP-Ständerat Carlo Schmid will Austritt aus der UNO

Der Ständerat nahm am Freitag, 13. Juni 2003 als Erstrat einen Bericht zur Kenntnis, worin der Bundesrat eine erste positive (!) Bilanz über die Zusammenarbeit mit der UNO zieht. Aussenministerin Calmy-Rey betonte, dass der UNO-Beitritt nichts an der Neutralität der Schweiz geändert habe.

Anders sah dies Ständerat Carlo Schmid (CVP/Al): Er forderte den Bundesrat auf, sich nicht dem Diktat der USA unterzuordnen und den Wiederaustritt zu erwägen. Der Irak-Krieg habe gezeigt, dass die UNO nicht eine Plattform von «Friede, Freude, Eierkuchen», sondern vielmehr Gegenstand heftigster machtpolitischer Gegensätze sei. Die Schweiz werde immer wieder zwischen die Fronten geraten, und ihre Neutralität werde in Frage gestellt. [Bern, AP, 13.06.2003]

Aussenpolitischer Aktivismus

«Mondlandung in Panmunjom»: Grössenwahnsinniger PR-Gag

hf. Ich bin am 20. Juli 1969 in die RS in Bière, VD, eingerückt. Am Abend konnten wir die Sensation am Fernsehen verfolgen, als Neil Armstrong auf dem Mond den kleinen aber grossen Schritt für die Menschheit tat. Dass Bundesrätin Calmy-Rey bei ihrem PR-Gag ähnliche Worte in den Mund nahm, zeugt weniger von einer grossen Tat als vielmehr von naiver, massloser Selbstüberschätzung und Grössenwahn. Friedensdiplo-

matie «auf dem Marktplatz» als PR-Gag inszeniert, kann nicht erfolgreich sein.

Mit ihren häufigen Fauxpas und ihrer stets von einem breiten Grinsen begleiteten Fettnapf-Politik, verkauft als «öffentliche Diplomatie», schadet Frau Calmy-Rey dem Ansehen der Schweiz und beeinträchtigt unsere besonderen Möglichkeiten auf Grund unserer Neutralität. Wird «unsere» Aussen-

ministerin und wird der Gesamtbundesrat das besondere Wesen der schweizerischen Neutralität wohl je begreifen?

Aber ein Verdienst darf M.C.-R. in Anspruch nehmen: Mit der Feststellung, die bilateralen Verträge müssten «den Boden bereiten» für den raschen EU-Beitritt, hat sie die bundesrätliche Doppelzüngigkeit in der EU-Frage endgültig entlarvt!

Welchen Dialog will Frau Calmy-Rey fördern?

Bundesrätin Calmy-Rey will den Dialog zwischen Nord- und Südkorea fördern. Sie informiert die Südseite, was die Nordseite gesagt hat.

Allerdings: Zwei Wochen vor ihrer Reise hat das Ministerkomitee zum 7. Mal innert zwei Jahren getagt. Hauptthema war die Nuklearfrage.

Während Frau Calmy-Rey dort war, fand die 5. Tagung des «Nord-Süd-Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit» statt. Beschlossen wurde:

- Die Bahnlinien entlang der Ost- und Westküste werden am 10. Juni 2003 zusammengehängt.
- Die Grundsteinlegung für die gemeinsame Industriezone in Kaesong findet im Juni statt.
- Die gemeinsame Hochwasser-Kontrolle am Jmjinfluss (in Nordkorea: Rimjin) muss vor der Regenzeit funktionieren.
- Die Abkommen über Seetransport, Telekommunikation, Zoll und Quarantäne können realisiert werden.
- Die Tourismus-Fahrten von Südkorea zum Kusan-Berg werden mit Schiff und Bus wieder aufgenommen.
- Südkorea leiht Nordkorea 400 000 Tonnen Reis.
- Das 6. Meeting findet Ende August in Seoul statt.

Frau Bundesrätin, welcher «Dialog» und welche «Grenzüberschreitungen» sind hier mit unseren Steuergeldern eigentlich noch zu «fördern»?

Gottfried Weilenmann,
Männedorf



Asyl- und Ausländerpolitik

Stopp dem milliardenteuren Asylchaos!

SVP beschliesst dritte Volksinitiative gegen Asylmissbrauch

Aufgrund der schweren Missstände im Asylbereich, an denen die gegenwärtige Gesetzesrevision wenig bis nichts ändern wird, hat der Zentralvorstand der SVP Schweiz am 27. Juni 2003 beschlossen, eine dritte Volksinitiative gegen den Missbrauch des Asylrechts zu lancieren. Der Textentwurf ist gegenwärtig in der Vernehmlassung. Die Initiative wird an einer Delegiertenversammlung am 13. September 2003 verabschiedet, und gleichentags wird die Unterschriftensammlung gestartet.

Die Initiative will den **Zustrom von Scheinflüchtlingen drastisch senken**, in erster Linie durch die folgenden Massnahmen:

- Asylbewerber, deren Gesuch abgelehnt oder auf deren Gesuch nicht eingetreten wurde, erhalten keine staatlichen Leistungen (Fürsorgestopp).
- Asylbewerber, die aus einem verfolgungssicheren Drittland stammen oder über einen verfolgungssicheren Drittstaat illegal eingereist sind, erhalten grundsätzlich

kein Asyl (Drittstaatenregelung).

- Asylanten, welche sich renitent oder rechtswidrig verhalten, werden schlechter gestellt (Einweisung in Bundeszentren, Existenzminimum).
- Kriminelle erhalten kein Asyl. Sie werden nach der Strafverbüssung ausgeschafft. Ist die Ausschaffung nicht möglich, so werden sie interniert.
- Die Behandlungsfristen für Asylgesuche werden massiv reduziert.

Erfolg für AUNS: Verfolgungssichere Staaten ausgeweitet

Nationalrat Hans Fehr hatte am 7. Mai 2003 mit einem parlamentarischen Vorstoss die Ausweitung der verfolgungssicheren Staaten auf die Balkanländer Bosnien-Herzegowina und die Bundesrepublik Jugoslawien/Kosovo verlangt, damit auf Tausende entsprechender Asylgesuche gar nicht mehr eingetreten wird.

Der Bundesrat hat dieses Begehren nun grossenteils erfüllt. Er hat am 25. Juni 2003 beschlossen, die Liste der verfolgungssicheren Staaten ab dem 1. August um **Bosnien und Herzegowina** sowie um **Mazedonien** zu erweitern.

Derzeit gelten neben den 15 «alten» und den 10 neuen EU-Staaten, den USA, Kanada und weiteren Rechtsstaaten («supersafe countries») auch die folgenden «Schwellenländer» als verfolgungssicher (safe countries): Albanien, Bulgarien, Gambia, Ghana, Indien, Litauen, Mongolei, Rumänien, Senegal.

Wir brauchen auch Sie – für die Frontarbeit gegen «Schengen»!

Unsere kantonalen und regionalen Stützpunkte suchen engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Reich werden Sie mit der AUNS-Arbeit nicht – das ist der Unterschied zu den teuer bezahlten Werbemarionetten der Bundespropaganda! Aber dafür leisten Sie einen dringend notwendigen Beitrag für eine freie, unabhängige, neutrale Schweiz. Für die Nationalratswahlen und das Referendum gegen den Schengener Kolonialvertrag sind Standaktionen, Veranstaltungen, Flugblatt-Aktionen und Unterschriftensammlungen zu organisieren. Auch das gemütliche Zusammensein unter Gleichgesinnten kommt nicht zu kurz.



Antwort-Karte

Jawohl, ich mache mit! Nehmen Sie mit mir Kontakt auf!

Vorname/Name

Adresse/Postfach

PLZ/Ort

Telefon/Natel/Fax

E-Mail

Datum/Unterschrift

Karte einsenden an: AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16 oder Fax 031 356 27 28

Gesagt ist gesagt ...

Folgende Zitate legen Zeugnis davon ab, wie liederlich die Regierung mit dem Volkswillen umgeht, wie das Volk getäuscht wird, und dass der EU-Beitritt das erklärte Ziel des Bundesrates ist:

1998: Absicht von Bundespräsident Flavio Cotti:

«Die Diskussion über die Initiative «Ja zu Europa» gab dem Bundesrat die Möglichkeit, die feste Absicht der Schweiz zu bekräftigen und zu präzisieren, der Europäischen Union beizutreten.»

[27.05.1998]

1999: Intermezzo von Bundeskanzler Casanova:

«Der Bundesrat betont, dass die bilateralen Abkommen ein eigenständiger Akt und nicht ein erster Schritt zu einem EU-Beitritt sind.»

[Aussprache im Von-Wattenwyl vom 19.11.1999]

2000: Professorale Wortspiele von Bundesrat Joseph Deiss:

«Wir sollten aufhören, vom «strategischen Ziel» zu reden. Von jetzt an ist das Ziel des EU-Beitritts nicht mehr «strategisch»: Es ist ein in Arbeit befindliches Projekt.»

[Uni Zürich, 29.05.2000]

2003: Transparente Bundesrätin Micheline Calmy-Rey:

«Indem wir die bilateralen Beziehungen zur EU und zu allen jetzigen und künftigen Mitgliedstaaten intensivieren, können wir den Boden für den EU-Beitritt bereiten.» [24.04.03, nach 100 Tagen im Amt]

Deshalb braucht es die AUNS, damit diese widersprüchliche und hinterlistige Politik aufgedeckt und verhindert wird.

Termine

1. August 2003, 20.00 Uhr,
beim Ritterhaus Bubikon, 8608 Bubikon, ZH

Bundesfeier-Ansprache
von Nationalrat Hans Fehr,
Geschäftsführer AUNS

Schlusspunkt

Österreich hat für die olympischen Winterspiele im Jahr 2010 kandidiert. Am 3. Juli 2003 erhielt Vancouver in Kanada den Zuschlag, Salzburg ging leer aus. Also auch das EU- und

Uno-Mitglied Österreich (hatte sogar schon einen Uno-Generalsekretär gestellt) kann abblitzen. Erinnern Sie sich noch, als die Schweiz mit Sion «verlor»: Zeitungskommentatoren, Poli-

tiker und Alt-Bundesrat Adolf Ogi waren am Verzweifeln und fanden die Ursachen im Abseitsstehen unseres Landes von den erwähnten Organisationen ...

Sind Sie schon AUNS-Mitglied?

Oder haben Sie Ihren Nachbarn, Verwandten, Bekannten, Freund von der AUNS überzeugt?

Werden auch Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant.

Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaare Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Geworben durch: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, PC-Konto 30-10011-5